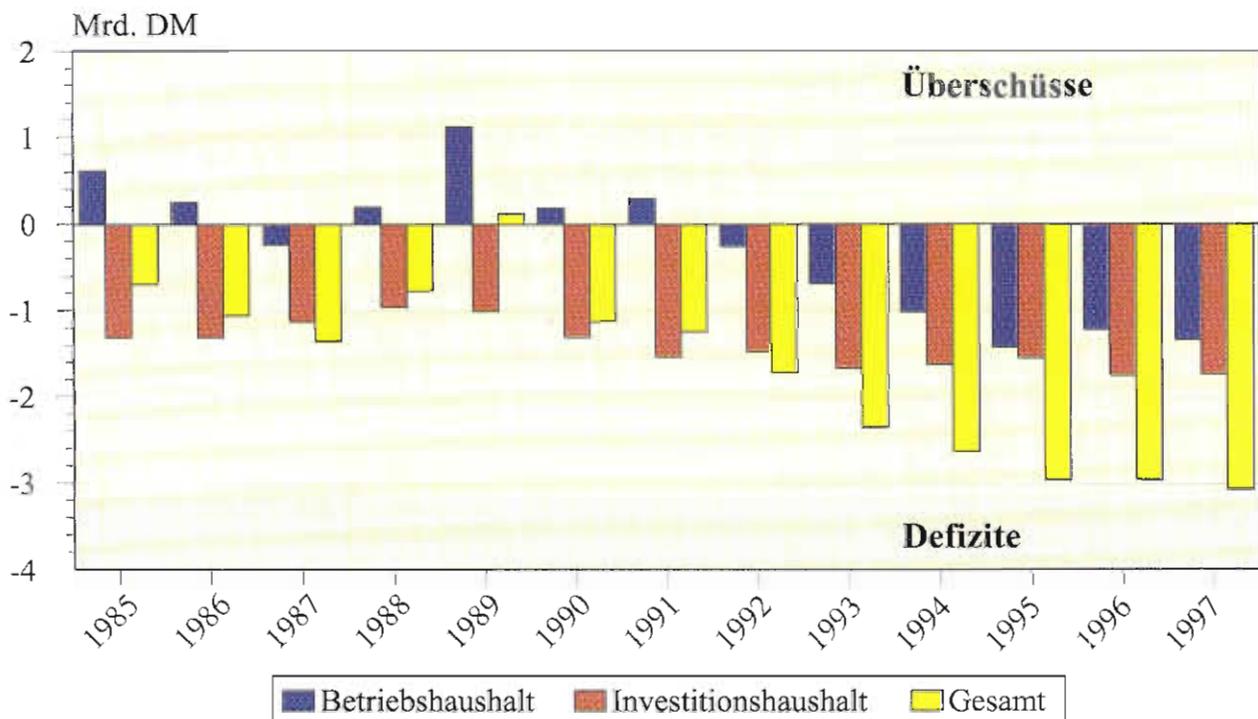




HANDELSKAMMER HAMBURG

Standpunkte

Nur radikale Maßnahmen helfen Hamburg und sein Staatshaushalt



Finanzierungssalden des Hamburger Haushalts

Nur radikale Maßnahmen helfen

Hamburg und sein Staatshaushalt

Herausgeben von der
HANDELSKAMMER HAMBURG
Abteilung Kammerpublikationen
Bearbeitung: Dipl. Kaufmann Jutta Thormann
Dipl. Kaufmann Ewald Siefken
Dipl. Volkswirt Susanne Küchenmeister
Adolphsplatz 1, 20457 Hamburg, Tel: 040/36 13 8-351, Fax: 040/36 13 8-325

Stand: August 1996

VORWORT

1994 betrug das Defizit des Hamburger Haushaltes 2,6 Milliarden DM, 1995 und 1996 waren es je 3 Milliarden DM, 1997 liegt der Fehlbetrag bei 3,3 Milliarden DM. Trotzdem werden die letzten vier Haushalte bemerkenswerterweise „Sparhaushalte“ genannt. Noch immer bedeutet Sparen im öffentlichen Bereich offenbar nicht wie in der Wirtschaft, weniger auszugeben als Einnahmen zu verzeichnen sind, sondern allenfalls, weniger auszugeben als ursprünglich geplant. Im Ergebnis wird dies dazu führen, daß das Jahr 1997 das bislang schwierigste Haushaltsjahr für Hamburg werden wird. Über Jahrzehnte aufgebautes hamburgisches Staatsvermögen soll nicht zum Zweck von Zukunftsinvestitionen und zur Schuldentilgung veräußert werden, sondern um Löcher im laufenden Haushalt zu decken.

Fragt man nach den Ursachen der Haushaltsmisere, wird vom Senat gern auf Steuerausfälle aufgrund der getrübbten Wirtschaftslage verwiesen. Hinzu kommt die Wehklage über Rechtsänderungen zu Lasten der Gemeinden und rückläufige Finanzierungsbeiträge des Bundes sowie explodierende Sozialhilfeausgaben.

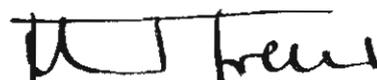
Aber: Die Schiefelage des Hamburger Haushaltes ist nicht so neu, wie uns manche glauben machen wollen – auch wenn die vorgenannten Aspekte zugegebenermaßen die Situation verschärft haben. Unsere Kammer hat sich bereits im Jahresbericht 1988 mit dem Hamburger Staatshaushalt auseinandergesetzt und festgestellt: „Hamburgs Finanzen sind in einen Zustand geraten, der die Eigenständigkeit des Stadtstaates bedroht. Einnahmen und Ausgaben klaffen weit auseinander; die Verschuldung hat eine nicht mehr vertretbare Höhe erreicht.“

Wir möchten mit unserer Darstellung der aktuellen Haushaltssituation und der Beschreibung der Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Hamburg das Ausmaß der Finanzkrise aufzeigen. Insbesondere die Wirtschaft muß in der Öffentlichkeit deutlich machen, daß das bisher Versäumte nun in um so dramatischerer Weise nachgeholt werden muß, um verlorengegangene Handlungsspielräume für Zukunftsinvestitionen, für Arbeitsplätze und für Beschäftigung zurückzugewinnen. Es ist nicht länger vertretbar, auf die politische Nichtdurchsetzbarkeit von Sparkonzepten zu verweisen. Die Verantwortlichen müssen jetzt die Energie aufbringen, die gebotenen Einschnitte vorzunehmen, um die Staatsfinanzen noch aus eigener Kraft und auf Dauer zu ordnen. Wir sehen darin die entscheidende politische Herausforderung für die kommenden Jahre.

HANDELSKAMMER HAMBURG



Nikolaus W. Schües
Präses



Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz
Hauptgeschäftsführer

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	7
Ausgaben 1997	7
Einnahmen 1997	9
Steueraufkommen und Steuereinnahmen Hamburgs 1995	11
Einnahmen- und Ausgabenentwicklung	12
Finanzierungssalden der Hamburger Haushalte	13
Finanzwirtschaftliche Kennzahlen	15
Entwicklung des Stellenbestandes	17
Investitionsvolumen	19
Öffentliche Verschuldung	19
Fazit: Durchgreifende Wende überfällig	23
Anhang: Tabellenteil	27

Einleitung

Der Hamburger Haushalt für das Jahr 1997 ist Anlaß für die HANDELSKAMMER HAMBURG, sich mit der Struktur des Haushaltsentwurfes auseinanderzusetzen und die Entwicklung des Staatshaushaltes genauer zu betrachten.

Die finanzielle Zukunft der Stadt ist trotz der mehrfach verstärkten Spar- und Konsolidierungsbemühungen desolat. Der Stadtstaat kann zwar nicht in Konkurs gehen, aber seine Eigenständigkeit verlieren.

Die HANDELSKAMMER HAMBURG möchte mit der Betrachtung der Entwicklungen der Einnahmen und Ausgaben im Hamburger Haushalt und der Analyse finanzwirtschaftlicher Kennziffern zu mehr Transparenz über die tatsächliche Lage der Hamburger Staatsfinanzen beitragen.

Ausgaben 1997

Der Haushaltsplan 1997 geht von einem Ausgabevolumen von knapp 19 Milliarden DM aus. Für das Jahr 1996 beträgt dieser Wert aufgrund des Nachtragshaushaltes 18,5 Milliarden DM. Dies bedeutet einen Zuwachs um rund 2,2 Prozent.

Den größten Ausgabenblock stellen die Personalkosten mit gut einem Drittel der Gesamtausgaben dar. Dieses ist aber nicht die ganze Wahrheit, denn im Bilanzposten der Zuwendungen – Transferleistungen an Hamburger Einrichtungen und Unternehmensbereiche – sind weitere nicht unwesentliche Personalkosten enthalten. Diese dürften mehr als die Hälfte der für Betriebsausgaben zur Verfügung gestellten Mittel sein. Offengelegt würden die Personalkosten dadurch einige Prozentpunkte mehr ausmachen.

Dabei werden zunächst Ausgaben und Einnahmen des Haushaltsplanes 1997 und das Hamburger Steueraufkommen anhand der Daten des Jahres 1995 dargestellt. In einem nächsten Schritt wird die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben seit 1980 aufgezeigt. Einen Überblick über die Defizite im Betriebs- und Investitionshaushalt gibt das folgende Kapitel. Anschließend werden finanzwirtschaftliche Indikatoren, die Entwicklung des Stellenbestandes und der Investitionsausgaben beschrieben sowie die Entwicklung der Hamburger Staatsschulden verdeutlicht. In einem Fazit werden Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen die Staatsfinanzen dauerhaft geordnet werden können.

Die überproportional steigenden Ausgaben für Versorgungsbezüge stellen eine drohende Zeitbombe dar, für die keine Rücklagen getätigt wurden. In diesem Jahr wird fast ein Viertel der Personalausgaben für Versorgungsbezüge aufgewendet. Der Rechnungshof hat 1994 in einer Modellrechnung die Zahl der Stellen ermittelt, deren Gegenwert den jährlich zu erwartenden Mehrausgaben für die steigenden Versorgungsbezüge entspricht. Er erwartet bis zum Jahr 2005 für Versorgungsbezüge zusätzliche Ausgaben von mehr als 500 Millionen DM. Danach entsprechen die zusätzlichen Kosten aufgrund steigender Fallzahlen von Versorgungsempfängern im Jahr 2005 rund 6 600 Stellen für aktives Personal. Das sind fast 10 Prozent der 1994 im Kernhaushalt bereitgehaltenen Personalkapazität.



Geplante Ausgaben Hamburgs in 1997

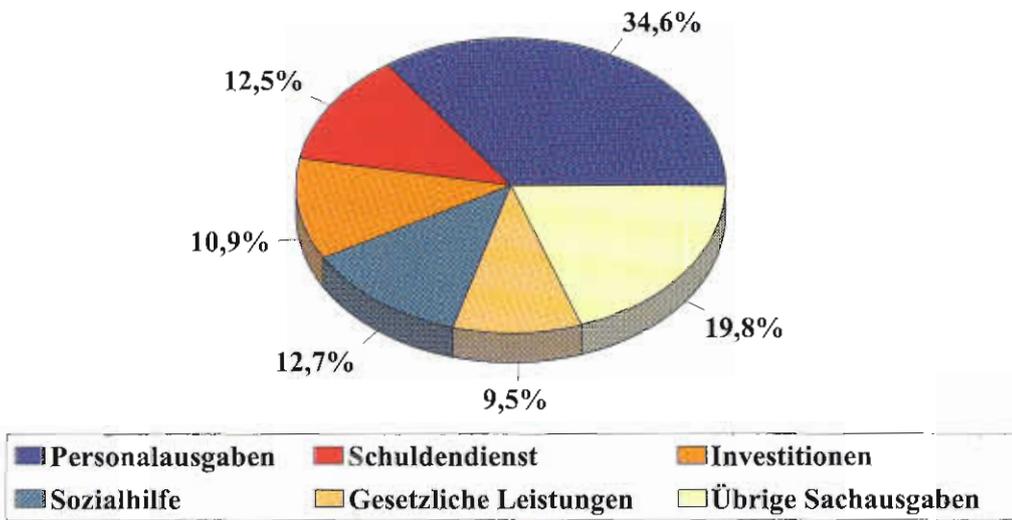


Schaubild 1



Bereinigte Gesamtausgaben 1997

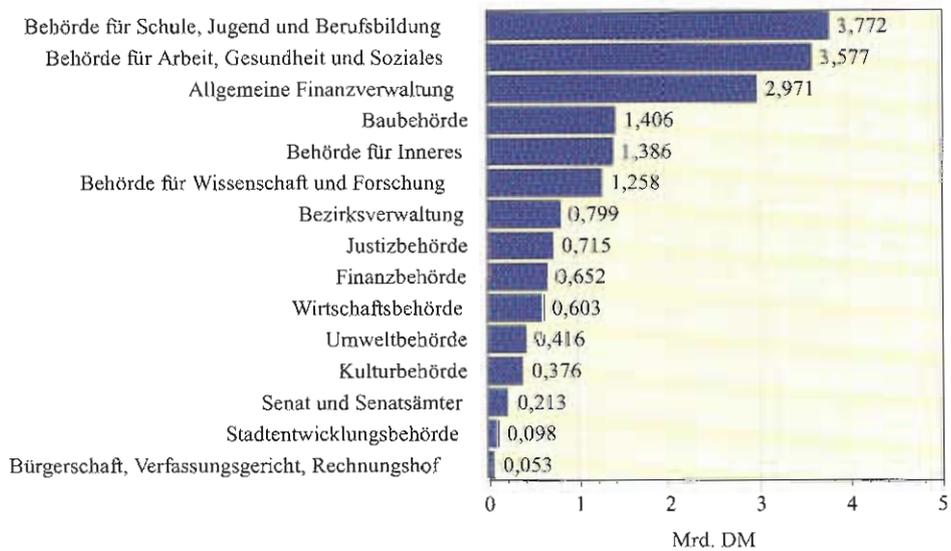


Schaubild 2



Die gesetzlichen Leistungen der Stadt stellen den zweitgrößten Ausgabenblock dar. Hierzu gehören insbesondere die Sozialhilfe mit rund 2,3 Milliarden DM und Beihilfen, die zusammengenommen 4 Milliarden DM ausmachen. Dies sind fast 21 Prozent der Gesamtausgaben der Stadt. Diese Ausgaben haben sich seit Beginn der neunziger Jahre nahezu verdoppelt.

An dritter Position stehen die Zinsen, die 1997 deutlich höher ausfallen als die

Investitionen. Mit über 2 Milliarden DM haben sie einen erschreckenden Rekordstand erreicht. Der Anstieg um rund 130 Millionen DM gegenüber 1996 ist auf die in diesem Jahr weiter zunehmende Verschuldung zurückzuführen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die **Zinssätze** gegenwärtig relativ niedrig sind; **stiegen sie um lediglich einen Prozentpunkt, so würden zusätzliche Zinsausgaben in Höhe von über 300 Millionen DM auf die Stadt zukommen.**

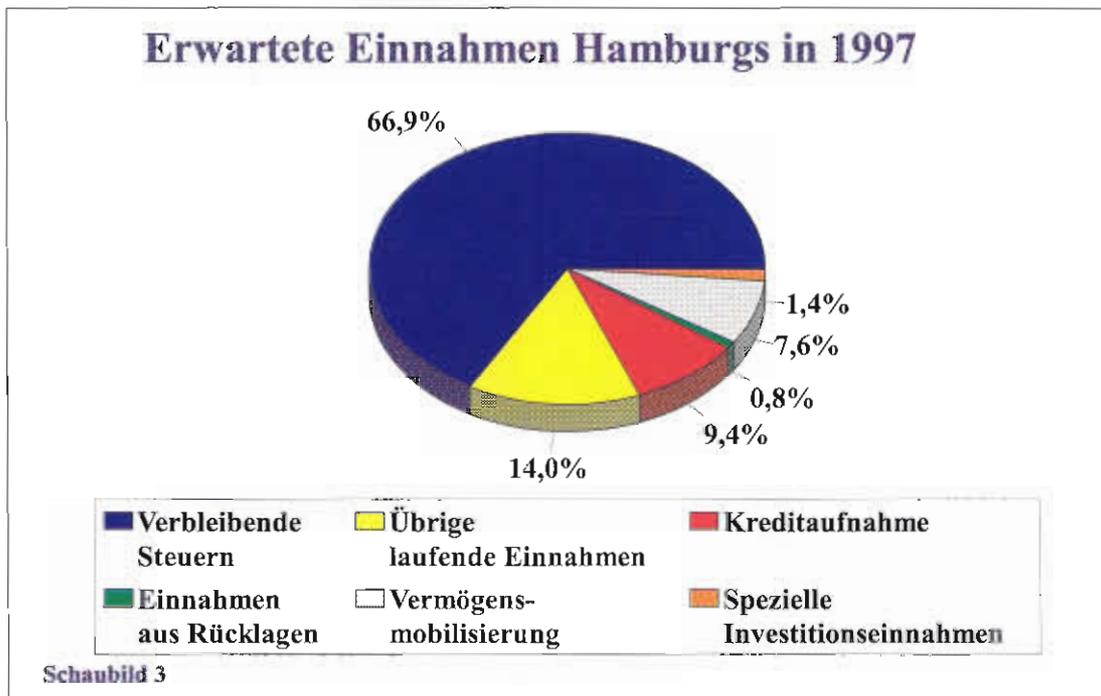
Einnahmen 1997

Ein Blick auf die korrespondierende Einnahmenseite zeigt: **Nur zwei Drittel der Ausgaben werden durch die Hamburg verbleibenden Steuern gedeckt**, rund 2,5 Milliarden DM werden durch Gebühren und Erlöse eingenommen. Dieses Bild läßt

deutlich werden, daß nur noch knapp 68 Prozent der Haushaltsausgaben durch „tatsächliche“ Einnahmen – sprich Betriebseinnahmen – gedeckt sind. Dieser Wert hat sich von 1995 bis 1997 um fast 2 Prozentpunkte verringert.



HANDELSKAMMER BAMBERG



Der Rechnungshof hat in seinem jüngsten Bericht aufgezeigt, daß unter Berücksichtigung der vorgenommenen Ausgliederungen – die die Stadt seit Mitte der achtziger Jahre verstärkt vorgenommen hat – die Quote der durch laufende Einnahmen finanzierten Ausgaben in der Zeit von 1985 bis 1994 von siebzig auf sechzig Prozent gesunken ist. Der heute anzusetzende Wert dürfte bei Fortschreibung die 60-Prozent-Grenze deutlich unterschreiten.

Ausgliederungen aus dem Haushalt

Die Stadt hat in der Vergangenheit Verwaltungseinheiten aus dem eigentlichen Haushalt ausgegliedert. Haushaltssystematisch werden damit beispielsweise die auf diese Verwaltungseinheiten entfallenden Personalkosten nicht im eigentlichen Haushalt der Stadt erkennbar. Für Zuschüsse und Zuwendungen entstehen aber z.T. Kosten, da die Bereiche im Eigentum der Stadt verbleiben.

Von 1985 bis 1995 handelte es sich bei den ausgegliederten Einheiten insbesondere um den Bereich „Erziehung und Berufsbildung“, die technische Prüfstelle für Kraftfahrzeugverkehr, die Volkshochschule, den Landesbetrieb „Pflegen und Wohnen“, die Stadtreinigung und die Friedhöfe sowie die 1995 in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts überführte Hamburger Stadtentwässerung.

Der Haushaltsausgleich soll 1997 herbeigeführt werden, indem man

- 150 Millionen DM dem Grundstock entnimmt;
- Kredite in Höhe von 1,7 Milliarden DM aufnimmt und
- Vermögen im Wert von 1,4 Milliarden DM „mobilisiert“, d. h. verkaufen will.

Grundstock für Grunderwerb

Die Stadt erwirbt und verkauft im Laufe eines Jahres Grundstücke und Immobilien. Um hierfür Mittel zur Verfügung stellen zu können, werden die Einnahmen in den Grundstock gelegt und bei Käufen die erforderlichen Mittel entnommen. In den zurückliegenden Jahren hat die Stadt in der Regel nur 100 Millionen DM im Grundstock stehen lassen und den überschießenden Betrag dem laufenden Haushalt zugeführt.

1995 konnte der Haushaltsplan nur dadurch ausgeglichen werden, daß die für einen Zeitraum von 10 Jahren vorgesehene Rückführung des Eigenkapitals der verselbständigten Hamburger Stadtentwässerung in Höhe von 1,8 Milliarden DM bereits im Jahr der Anstaltsgründung zur Deckung des Finanzbedarfs herangezogen wurde.

Eigenkapitalherabführung

Bei der Umwandlung der Stadtentwässerung in eine Körperschaft öffentlichen Rechts wurde der Anstalt für die bestehende Infrastruktur ein recht hohes Eigenkapital zugerechnet. Die Stadt geht davon aus, daß 90 Prozent dieser Mittel an sie zurückfließen müssen.

Die Geldquelle für den Staat ergibt sich dadurch, daß die Stadtentwässerung in Höhe des Mittelzuflusses an den Haushalt der Stadt Kredite auf dem Kapitalmarkt aufnimmt. Dadurch wird der Schuldenstand Hamburgs günstiger dargestellt, als er wirklich ist. Ursprünglich war vorgesehen, den Mittelrückfluß an die Stadt auf 10 Jahre zu strecken. Angesichts der Haushaltslage wurde er bereits 1995 voll dem laufenden Haushalt zugeführt.

Steueraufkommen und Steuereinnahmen Hamburgs 1995

Zwischen dem Steueraufkommen einer Gebietskörperschaft und deren haushalts-wirksamen Steuereinnahmen bestehen in der Regel beachtliche Unterschiede. Diese rühren daher, daß das Aufkommen von dem zweckmäßigsten Verfahren bei der Erhebung bestimmt wird, während die Ein-

nahmen der einzelnen Gebietskörperschaften – Bund, Länder und Gemeinden – nach der verfassungsmäßigen Funktionszuordnung bzw. gesetzlichen Aufgabenteilung erfolgen. Entsprechend wird zwischen reinen Bundes-, Landes- oder Gemeindesteuern unterschieden.

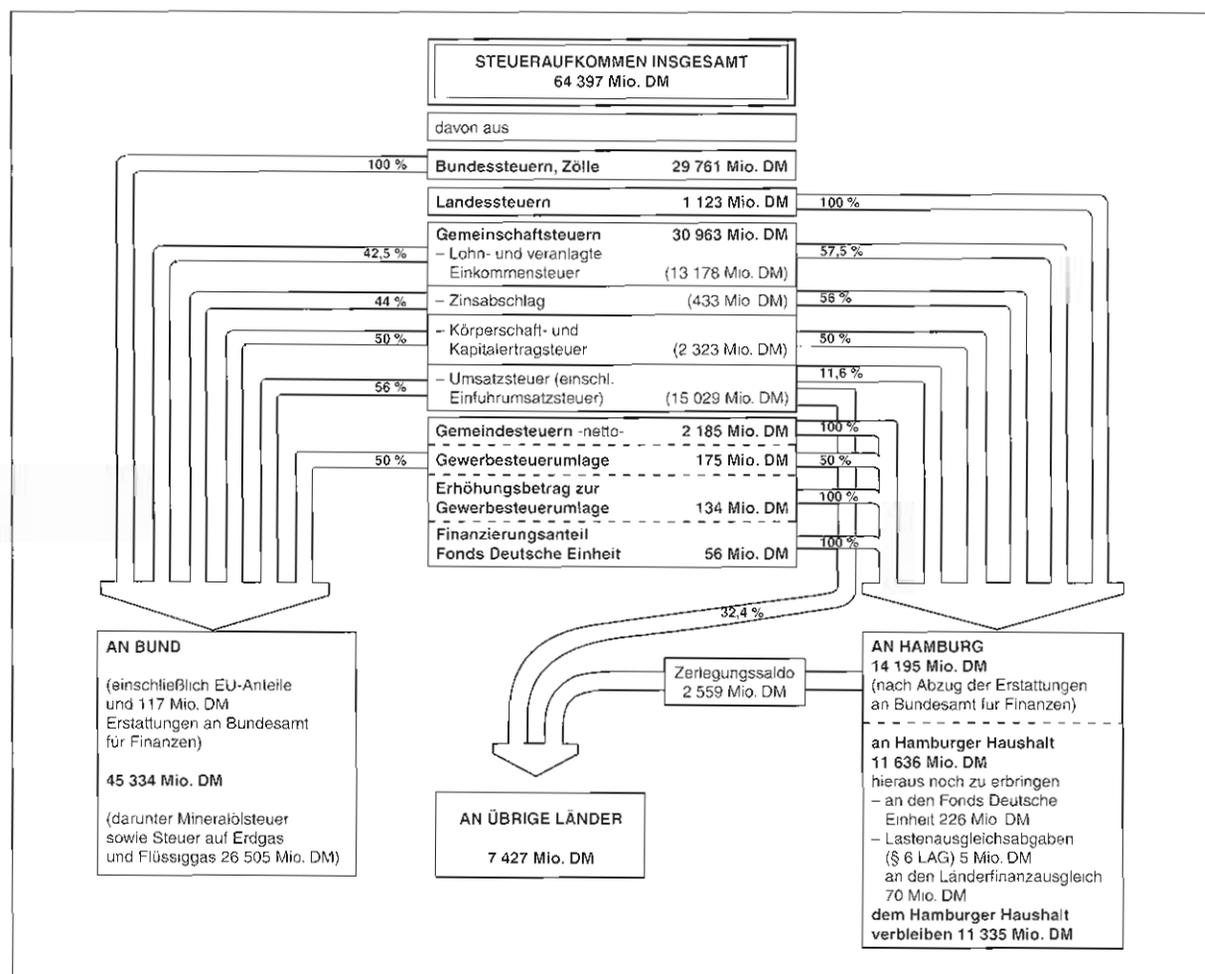


Schaubild 4 (Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg)

Das Schaubild 4 zeigt für das Jahr 1995, wie sich das Hamburger Steueraufkommen in Höhe von insgesamt 64,4 Milliarden DM auf die vier Grundkategorien aufteilt:

Gemeinschaftsteuern	30,9 Milliarden DM
Bundessteuern	29,8 Milliarden DM
Gemeindesteuern	2,2 Milliarden DM
Landessteuern	1,1 Milliarden DM

... und wie diese Ströme sich auf die einzelnen Ebenen verteilen:

Bundes- und EU-Haushalte	45,0 Milliarden DM
übrige Landeshaushalte	7,4 Milliarden DM
Hamburger Haushalt	11,6 Milliarden DM

Gemäß Steuerschätzung werden für Hamburg für das Jahr 1997 der Stadt

verbleibende Steuereinnahmen in Höhe von 12,4 Milliarden DM erwartet.

Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

Der ganze Umfang der prekären Situation wird noch deutlicher, wenn man sich die Entwicklung der Haushaltsstruktur der letzten Jahre ansieht. Diese Struktur hat sich in den Jahren 1985 bis heute massiv verschlechtert.

Die heutige Haushaltsstruktur Hamburgs ist in erheblichem Umfang durch die bereits erwähnten Ausgliederungen beeinflusst. Haushaltssystematisch wirken sich die Ausgliederungen insbesondere bei den Positionen Verwaltungseinnahmen, den Personalkosten sowie bei den Sach- und Fachausgaben aus.

Sach- und Fachausgaben

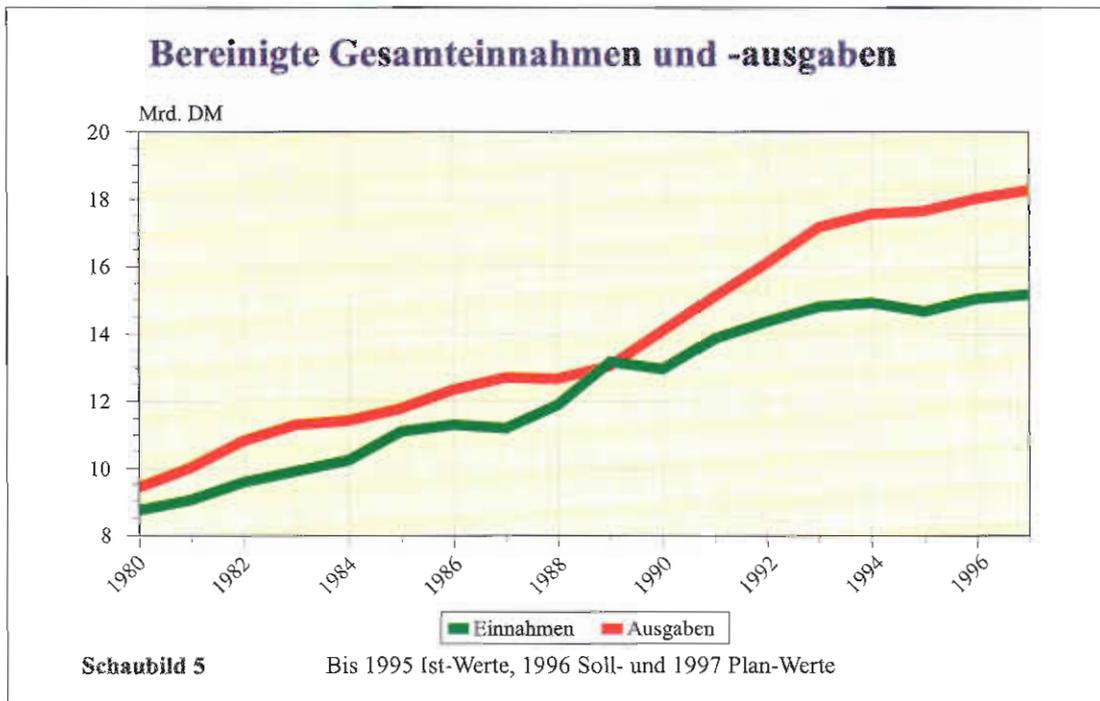
Sächliche Verwaltungsausgaben sowie Aufwendungen für laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Einrichtungen.

Seit Mitte der 80er Jahre flossen dem Haushalt verstärkt **einmalige Mittel** zu, die dann **für laufende Ausgaben** verwendet wurden. Zwischen 1985 und 1994 wurden 1,1 Milliarden DM aufgrund von Vermögensveräußerungen sowie der Kapitalherabsetzung der verselbständigten Stadtreinigung der Einnahmenseite zugerechnet. Für 1995 kommen rund 1,8 Milliarden DM durch die Eigenkapitalrückführung der Stadtentwässerung hinzu. Weitere knapp 1,1 Milliarden DM wurden für Zwecke der laufenden Haushaltsfinanzierung dem Grundstock für Grunderwerb entnommen; auf gut deutsch: die Rücklagen werden

geplündert. Durch diese Transaktionen wurden einnahmeseitig die Kalkulationsdaten für eine an den Einnahmen orientierte Ausgabenpolitik zu günstig angesetzt.

Wie desolat die Lage tatsächlich ist, zeigt der Rechnungshof in seinem Jahresbericht 1996 auf. Dazu einige Daten:

- Von 1985 bis 1994 sind die Einnahmen der Stadt um 34 Prozent, die Ausgaben aber um 49 Prozent gestiegen. So etwas kann nicht gutgehen. Insbesondere zu Beginn der 90er Jahre sind die Ausgaben deutlich stärker angestiegen als die Einnahmen.
- 1985 wurden noch 70 Prozent der Gesamtausgaben Hamburgs aus Steuern finanziert, 1994 waren es – berücksichtigt man die in den Vorjahren vorgenommenen Ausgliederungen – nur noch 60 Prozent.
- Die Inanspruchnahme der Steuereinnahmen zur Finanzierung der Personalausgaben beträgt heute bereinigt um Ausgliederungen mehr als 65 Prozent und liegt damit höher als 1985 (rund 63 Prozent).
- Die Zinsausgaben Hamburgs sind in den zurückliegenden 10 Jahren um rund 50 Prozent gestiegen und werden in den nächsten 5 Jahren nochmals in gleicher Größenordnung anwachsen.



Finanzierungssalden der Hamburger Haushalte

Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand war bereits 1988 für die HANDELSKAMMER HAMBURG der Anlaß, eine eingehende Analyse und Bewertung des Hamburger Haushaltes im Jahresbericht vorzunehmen. Hamburg machte im Jahre 1987 nicht nur – wie bereits schon zur Gewohnheit geworden – Schulden, um Investitionen zu finanzieren, sondern nahm Kredite zur Finanzierung des Betriebs Haushaltes auf.

In den Folgejahren führte die Konjunkturbelebung zu unerwarteten Steuermehreinnahmen, was zugleich die strukturelle Schiefelage des Haushaltes verschleierte. Anstatt die Mehreinnahmen zum Schuldenabbau einzusetzen und auf eine sparsame

Haushaltsführung einzuschwenken, wurde ein Rücklagenpolster angelegt, in der Hoffnung, künftig auftretende Haushaltslücken durch den Griff in die Sparbüchse schnell und ohne Ausgabenzurückhaltung ausgleichen zu können. Dies war dann 1992 der Fall, als die Betriebsausgaben nicht mehr durch fortlaufende Einnahmen gedeckt wurden. **Diese Sparbüchse ist somit längst leerräumt.** Und die Lücken im Hamburger Haushalt werden nach den derzeitigen Finanzplanungen noch größer werden.

Die Dramatik der gegenwärtigen Haushaltslage besteht darin, daß Hamburg seit 1992 – also seit 5 Jahren – die laufenden Ausgaben nicht mehr mit den laufenden Einnahmen finanzieren kann.

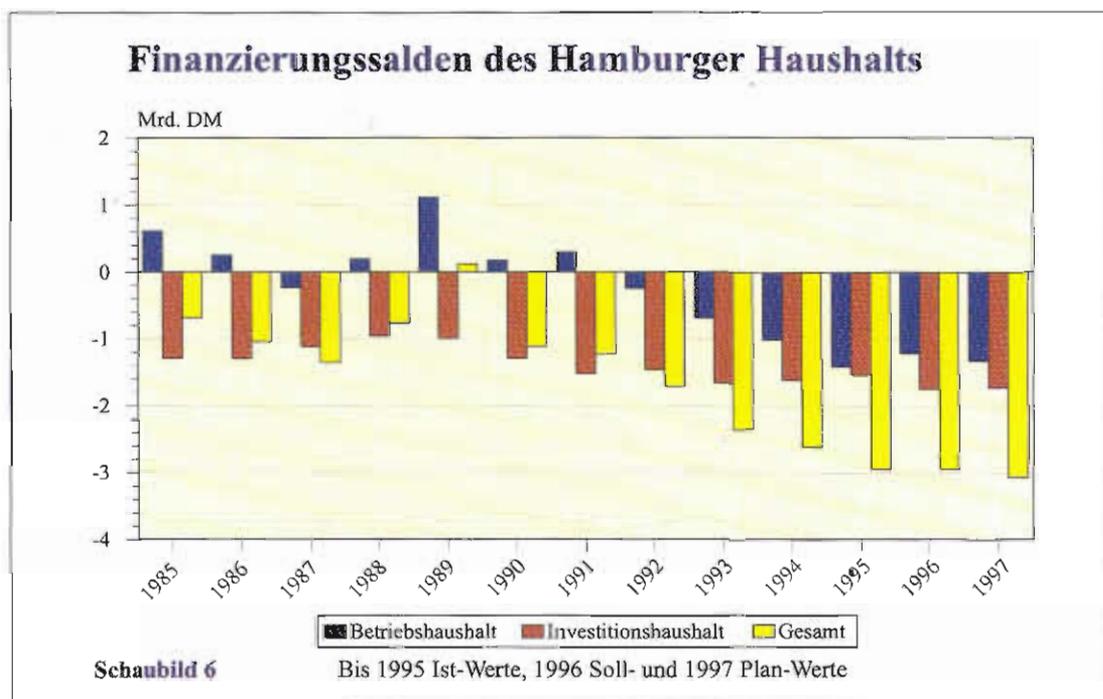
Wenn über die Gründe der Milliardendefizite in den Hamburger Haushalten gesprochen wird, gebietet es die Ehrlichkeit, auch das Ausgabegebaren der Stadt zu benennen. Hamburg hat ein Ausgaben-niveau erreicht, das seit geraumer Zeit nicht mehr finanzierbar ist. Für 1997 weisen die derzeitigen Planungen ein Defizit allein im Betriebshaushalt von 1,3 Milliarden DM aus!

Dabei muß man sich vor Augen halten, daß zusätzlich seit vielen Jahren die Investitio-

nen nahezu ausschließlich mit Hilfe von Krediten finanziert werden. **Man hat sich in Hamburg offenbar daran gewöhnt, daß Investitionsausgaben zur Gänze durch weitere Verschuldung bestritten werden.** Seit langem werden keine Eigenanteile aus laufenden Überschüssen mehr erbracht. Dies ist auf Dauer weder finanzwirtschaftlich tragbar noch verfassungsrechtlich vertretbar.



HANDELSKAMMER HAMBURG



Die Summe der Defizite bei den Betriebsausgaben und den Investitionsausgaben macht das gesamte Haushaltsdefizit aus, dem Hamburg sich gegenüber sieht. Seit 1995 sind es jeweils rund 3 Milliarden DM. Das ist jährlich etwas mehr als Hamburg 1994 für die Schulbehörde ausgegeben hat: Also für die Gehälter der Lehrer, für neue Schulbauten, für Bauunterhaltung, bis hin zu Heizung, Warmwasser und Tafelkreide.

Die Finanzierungslücken im Hamburger Gesamthaushalt zeigen, daß **die fehlende durchgreifende Strukturtherapie in den 80er wie auch in den letzten Jahren die wesentliche Ursache der finanziellen Schiefelage der Stadt ist.**

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen

Für eine umfassende Beurteilung der Haushaltslage sind die Betrachtung der objektiven Lage aber auch der Vergleich mit den Haushalten anderer Länder von besonderer Bedeutung. Erst durch die vergleichende Analyse des eigenen Unternehmens und die Branchenanalyse ergibt sich ein ausgewogenes Bild.

Schaut man über die „Hamburger Stadtmauern“ hinweg, fällt ins Auge, **daß Hamburg bei den entscheidenden finanzwirtschaftlichen Kennziffern mittlerweile immer weiter hinter andere Länder zurückfällt.** Die Ausgaben sind zu hoch, die Steuereinnahmen halten nicht mit, die Defizite steigen. Eine beunruhigende Situation.

Eine kritische Betrachtung der finanzwirtschaftlichen Indikatoren Kreditfinan-

zierungs-Quote und Zins-Steuer-Quote macht deutlich, **daß Hamburg in die Schlußgruppe der westlichen Bundesländer zu geraten droht** – wobei wir die besonderen Probleme einer Metropole, die zugleich Land und Kommune ist, als bekannt voraussetzen. Diese Entwicklung stellt letztlich **die Eigenständigkeit des Stadtstaates in Frage**; es droht ein erklärter Haushaltsnotstand mit Fremdbestimmung durch auferlegte Sanierungskonzepte, wie wir ihn aus Bremen und dem Saarland kennen.

Zins-Steuer-Quote

Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen in Prozent.



HANDELSKAMMER HAMBURG

Entwicklung der Zins-Steuer-Quoten

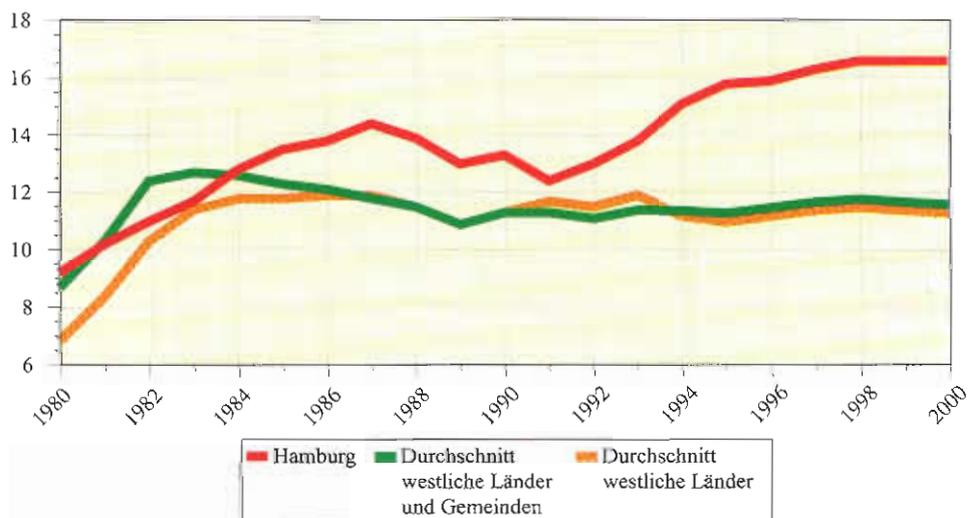


Schaubild 7

Bis 1995 Ist-Werte, 1996 Soll- und 1997 Plan-Werte



Bei den beiden einschlägigen Kennzahlen hat sich Hamburg dramatisch von der Entwicklung des Durchschnitts der westlichen Länder und Gemeinden abgekoppelt. Diese Schere hat seit Ende der 80er Jahre erheblich an Dynamik gewonnen. Das Ansteigen der Zins-Steuer-Quote bedeutet, daß ein immer größerer Anteil der Steuereinnahmen für Zinszahlungen ausgegeben werden muß. Der Anstieg der Zins-Steuer-Quote um nur einen Prozentpunkt bedeutet für den Haushalt 1997 beispielsweise, daß fast 124 Millionen DM mehr für Zinsen ausgegeben werden müssen, die dann für die Erfüllung anderer Aufgaben nicht mehr zur

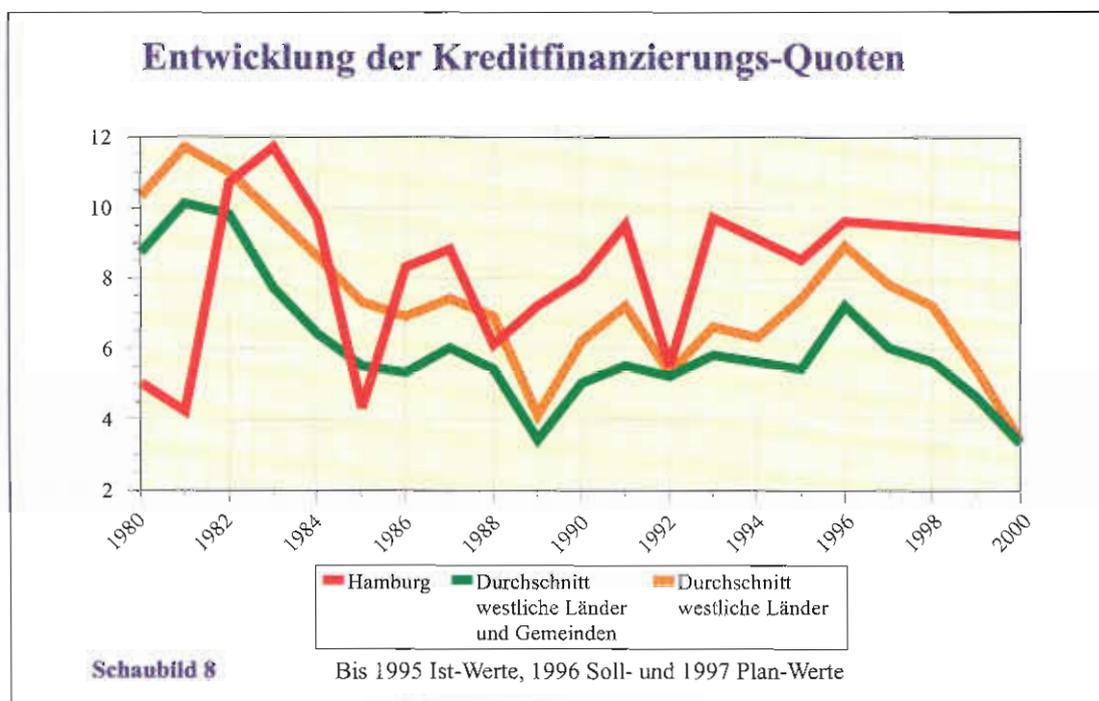
Verfügung stehen. **Derzeit muß Hamburg bereits mehr als 16 Pfennige von jeder eingenommenen Steuermark für Zinszahlungen aufwenden**, wodurch der finanzpolitische Handlungsspielraum der Stadt unerträglich eingeschränkt wird.

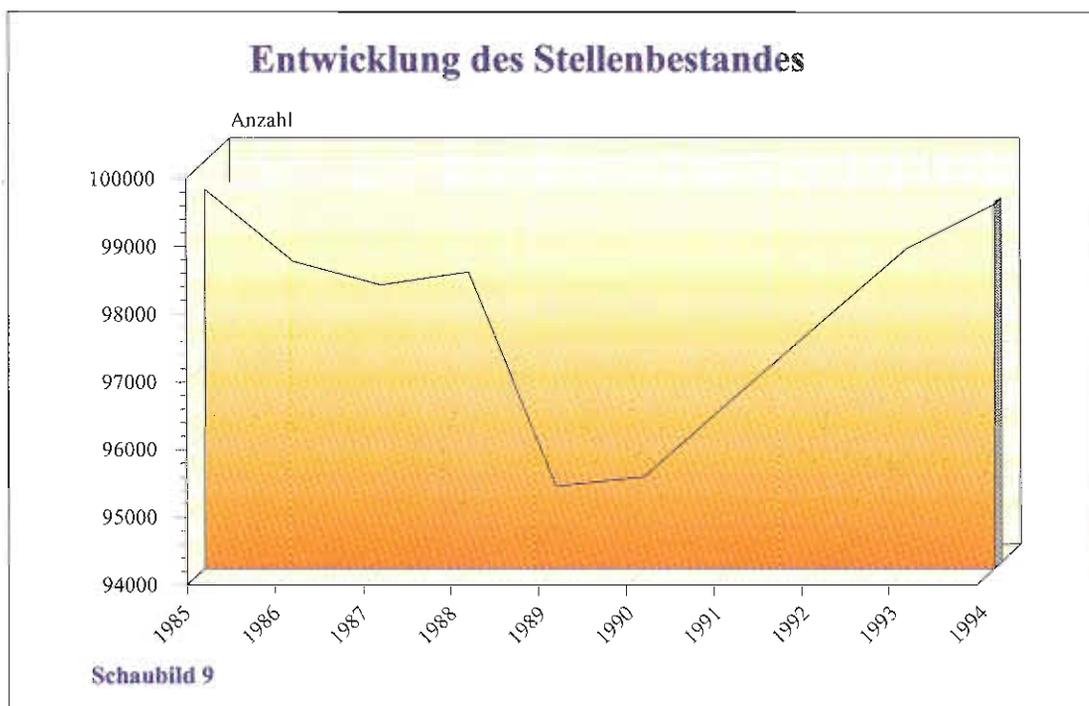
Kreditfinanzierungs-Quote

Anteil der im jeweiligen Haushaltsjahr von der Stadt neu aufgenommenen Kredite an den Ausgaben für das Haushaltsjahr in Prozent.



HANDELSKAMMER HAMBURG





Entwicklung des Stellenbestandes

Nach Angaben des Senats soll der Stellenbestand bis zum Jahr 2000 auf den Stand von 1991 zurückgeführt werden. **In den letzten 5 Jahren wurden allerdings trotz katastrophaler Haushaltssituation im öffentlichen Bereich 4 500 zusätzliche Stellen geschaffen.** Der Gesamtstellenbestand ist unter Einbeziehung der Ausgliederungen bis 1994 laut Rechnungshof von 1985 bis 1994 – trotz des Abganges von 3 700 Stellen – mit knapp 100 000 Stellen nahezu unverändert geblieben. Die durch Ausgliederungen bedingten Stellenabgänge wurden durch den ab 1991 einsetzenden und bis 1994 anhaltenden deutlichen Anstieg des Stellenbestandes mit über 4 500 Stellen mehr als kompensiert. In nur vier

Jahren hat sich so der Gesamtbestand bereinigt um 4,8 Prozent erhöht.

Diese Stellenzugänge sind nach der Analyse des Rechnungshofes hauptsächlich durch Kapazitätsausweitung in den politischen Schwerpunktbereichen soziale Sicherung, Kinder- und Jugendschutz sowie Drogenbekämpfung, Innere Sicherheit und Strafvollzug sowie Umweltschutz entstanden. Aber auch der Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnik wie der Innenrevision führten zu zusätzlichen Stellen, denen keine Abgänge an anderer Stelle gegenüberstanden. Letztlich wurden auch zum Ausgleich für Arbeitszeitverkürzungen neue Mitarbeiter eingestellt.

Allein im Kernhaushalt – der im Haushaltsplan abgebildet wird und Landesbetriebe außen vor läßt – wurden in den Jahren 1991 bis 1994 insgesamt fast 2 700 zusätzliche Stellen geschaffen, für die rund 160 Millionen DM jährlich an Personalausgaben zu leisten sind. Damit werden 90 Prozent der in den Jahren 1985 bis 1990 durch Stellenstreichungen auf Dauer erzielten Minderausgaben wieder aufgezehrt. Die Inanspruchnahme der Steuereinnahmen zur Finanzierung der Personalausgaben beträgt heute bereinigt mehr als 65 Prozent und liegt damit höher als 1985.

Ein Vergleich der Stellen des öffentlichen Bereiches auf 1 000 Einwohner zeigt, daß Hamburg mit einer Quote von 57 über Bremen (53) und Berlin (49) liegt. Bis zum

Jahr 2000 strebt Berlin einen Rückgang auf unter 45 Stellen je 1 000 Einwohner an.

Die Personalausgaben der Stadt, die gut ein Drittel der bereinigten Gesamtausgaben ausmachen, erfordern im Rahmen von Konsolidierungsbestrebungen besonders drastische Maßnahmen. Dies gilt für den Kernhaushalt, für die Landesbetriebe und für die Zuwendungsempfänger gleichermaßen. Des weiteren muß eine Strategie entwickelt werden, um die Altersversorgungslasten abzubauen, die 1996 bereits mehr als 22 Prozent der Personalausgaben ausmachen. Die bestehenden künftigen Verpflichtungen in Versorgungszusagen müssen offengelegt werden, um keine unliebsamen Überraschungen zu erleben.



HANDELSKAMMER HAMBURG



Investitionsvolumen

Die Investitionen – Wurzeln künftigen Wohlstandes – sind längst in die Zange der wuchernden laufenden Ausgaben geraten. **Betrag der Anteil der Investitionen an den bereinigten Gesamtausgaben 1970 einmal stolze 25 Prozent, so war diese Quote 1980 auf 16 Prozent und 1990 auf 11 Prozent gesunken; für 1994 war mit 10 Prozent der Tiefstand erreicht.** Seitdem pendelt sich der Anteil der Investitionen bei rund 11 Prozent ein.

Zu den Investitionen werden Maßnahmen im Hoch- und Tiefbau ebenso gezählt wie Landschaftsbau und der Erwerb von beweglichen Sachen wie Geräte und Personenkraftwagen. Aber auch Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungen werden dem Investitionshaushalt zugeordnet. Diese einzelnen Bereiche unterliegen einem sehr unterschiedlichen Werteverzehr, da die betriebswirtschaftliche Nutzungsdauer zum Teil nur wenige Jahre beträgt.

Die vollständige Kreditfinanzierung der Investitionen und die mangelnde Tilgung von Krediten führt somit dazu, daß heute und auch in Zukunft Zinsen für solche Kredite gezahlt werden, deren Gegenwert ganz oder teilweise nicht mehr vorhanden ist. **Der Rechnungshof hat vor zwei Jahren dargelegt, daß die heute in Hamburg lebende Generation bereits Zinsen für eine Verschuldung in Höhe von rund 10 Milliarden DM zahlen muß, obwohl die Vermögenswerte bereits abgeschrieben oder gar nicht mehr vorhanden sind.** Hierfür sind jährlich 600 bis 700 Millionen DM Zinszahlungen fällig. Der mit der Kreditaufnahme beabsichtigte Effekt – Beschaffung von zusätzlichen Mitteln für Verbesserungen des Standortes Hamburg – wird aufgrund der hohen Zinsverpflichtungen nicht erreicht; es ergibt sich vielmehr ein Mittelabfluß an den Kapitalmarkt. **Dadurch hinterläßt man den kommenden Generationen Lasten, aber keine Werte.**

Öffentliche Verschuldung

1980 betrug der Schuldenstand der Stadt knapp 9,5 Milliarden DM. Er erhöhte sich bis heute um das Dreifache. Unter Einbeziehung des Nebenhaushaltes der Wohnungsbaukreditanstalt kommt eine noch größere Dynamik zum Tragen: In der Zeit von 1985 bis Mitte der 90er Jahre hat sich die Verschuldung der Freien und Hansestadt verdoppelt. Derzeit beträgt der Schuldenstand mehr als 33 Milliarden DM und wird am Ende des Jahrzehnts die 40-Milliarden-DM-Grenze deutlich überschritten haben. Dies macht pro Kopf der Bevölkerung fast 24 000 DM aus.

Während früher die Betriebshaushalte Überschüsse zur Mitfinanzierung der Investitionen beisteuerten, decken inzwischen die laufenden Einnahmen nicht einmal mehr die laufenden Ausgaben. Jahr für Jahr werden defizitäre Haushaltspläne beschlossen und **sogar defizitäre mittelfristige Finanzpläne aufgestellt.**

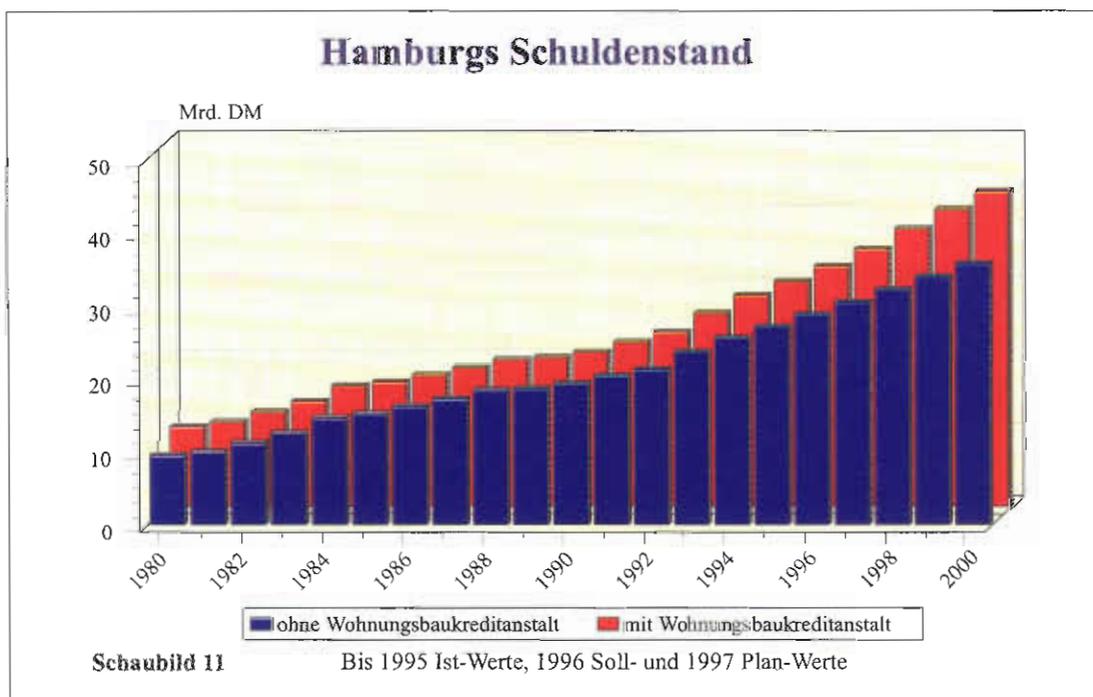
Die **Landeshaushaltsordnung** schreibt vor, daß **Einnahmen aus Krediten regelmäßig nur bis zur Höhe der Ausgaben für Investitionen** (abzüglich spezieller Investitionseinnahmen) **in den Haushaltsplan eingestellt werden dürfen**. Hamburg hat aber wie der Bund und alle anderen Länder die Möglichkeit, Kredite ausnahmsweise über das Investitionsvolumen hinaus und somit auch für die Finanzierung von laufenden Ausgaben aufzunehmen; dieses ist aber nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes zulässig. Unakzeptabel ist es, wenn hier die Ausnahme zur Regel gemacht wird. Bei der Darstellung der Kreditaufnahme erscheint nur die **Nettoneuverschuldung im Haushalt**.

Seit 1984 ist in Hamburg keine Tilgung von Altschulden mehr im Haushalt veranschlagt worden.

Durch die Eigenkapitalherabführung der Stadtentwässerung im Jahr 1995 – immerhin wurden 1,8 Milliarden DM in den laufenden Haushalt eingestellt – ist die tatsächliche Situation zu günstig dargestellt, denn die Stadtentwässerung konnte diese Rückzahlung nur durch Aufnahme von Krediten auf dem Kapitalmarkt ausgleichen. Ein fatales Beispiel von „Gestaltungsmöglichkeiten“. Aber solche Freiheit beinhaltet ein großes Risiko: „Unversehens“ – in Wahrheit als Ergebnis eines langen, letztlich vorhersehbaren Prozesses – gerät man in eine Haushaltsnotlage.



HANDELSKAMMER HAMBURG

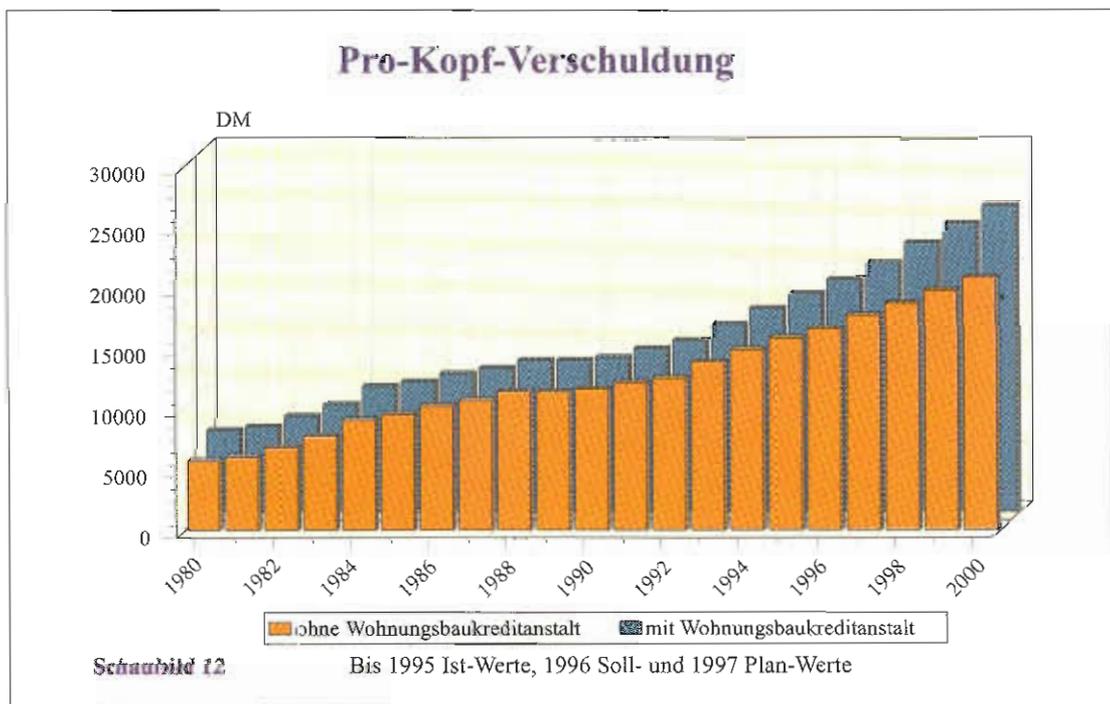


§ 18 der Landeshaushaltsordnung schreibt vor: „Einnahmen aus Krediten dürfen nur bis zur Höhe der Summe der Ausgaben für Investitionen in den Haushaltsplan eingestellt werden; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.“

Die Bilanz für Hamburg: Das staatliche Leistungsvermögen ist gnadenlos überfordert. Die Haushalte sind bereits seit langem und auch noch auf mittlere Sicht nicht ausgeglichen, da die laufenden Ausgaben die laufenden Einnahmen auch in den kommenden Jahren übersteigen werden. **Der Haushalt wird derzeit durch horrenden Kreditaufnahme und zusätzlich durch Vermögensverzehr finanziert.**



HANDELSKAMMER HAMBURG



Fazit:

Durchgreifende Wende überfällig

Im Nachhinein wollen ja bekanntlich alle alles gewußt haben. Aber: Die HANDELSKAMMER HAMBURG hat seit langem gewarnt, daß die Stadt über ihre Verhältnisse lebt und sich damit zwangsläufig in die heutige Finanzkrise manövriert.

Der Senat kann also als Ursachen der Haushaltsschieflage nicht einfach die Rezession Anfang der 90er Jahre, die gestiegenen Sozialhilfeausgaben oder den Bundesgesetzgeber für zusätzliche Belastungen verantwortlich machen. Zugegeben: Diese Faktoren haben die prekäre Situation verschärft, sie sind aber keineswegs die Hauptursache der Finanzmisere.

Der finanzielle Verfall dauert schon lange an; die günstige konjunkturelle Lage Ende der 80er Jahre und der Wiedervereinigungsboom haben über die strukturellen Probleme nur hinweggetäuscht. Die Verantwortlichen haben damals die Chance vertan, die Verschuldung spürbar zurückzuführen und rechtzeitig langfristige Konsolidierungskonzepte zu erarbeiten.

Die HANDELSKAMMER HAMBURG hat seit Ende der 80er Jahre immer wieder radikale Therapiemaßnahmen gefordert. Konsolidierungsmaßnahmen wurden aber erst ergriffen, als die Rücklagen der Stadt aufgebraucht waren. Und: Sie waren viel zu zurückhaltend. Das bisher Versäumte muß nun in um so drastischerer Weise nachgeholt werden.

Die Verantwortlichen müssen jetzt die Energie aufbringen, die gebotenen Einschnitte vorzunehmen, um die Staatsfinanzen noch aus eigener Kraft und auf Dauer zu ordnen.

Der finanzpolitische Handlungsspielraum der Zukunft kann für Hamburg nur durch eine Strategie gesichert werden, die auf einer weitestgehenden **Privatisierung** und **Entstaatlichung** beruht. Dabei muß es zwingendes Gebot sein, die Erlöse aus Privatisierungen zur Minderung der Verschuldung und damit zur Reduzierung der Zinszahlungen einzusetzen.

Der eigentliche Haushalt muß losgelöst von der Vermögens- und Schuldenverwaltung der Stadt ausgeglichen gestaltet werden. Er muß sich an den Einnahmen orientieren. Die laufenden Ausgaben sollten dabei dauerhaft unter den laufenden Einnahmen bleiben, damit auch Eigenanteile für notwendige Investitionen aufgebracht werden können. Ferner bedarf es einer eigenständigen Vermögensverwaltung, die Zugriffe zur Deckung von Lücken im Betriebshaushalt verbietet!

Letztlich müssen auch die Investitionen auf Dauer weitestgehend aus laufenden Einnahmen finanziert werden. Und es darf nicht ständig passieren, daß Veräußerungserlöse – die die Politik gerne als „Vermögensmobilisierung“ umschreibt – Defizite im laufenden Haushalt auffangen.

Konkret sehen die Vorstellungen der HANDELSKAMMER HAMBURG wie folgt aus:

1. Zur Strukturverbesserung des Vermögenshaushaltes ist es unumgänglich, die Aktiva der Stadt auf ihre marktgerechte Verwertung hin unter die Lupe zu nehmen. Dazu gehören: Unternehmensbeteiligungen, Grundstücke, Wohnungen, Gewerbe- und Verwaltungsbauten, Kleingartenflächen. Die HANDELSKAMMER HAMBURG hat es im vergangenen Jahr ausdrücklich begrüßt, daß der Senat einer langjährigen Forderung ihrerseits nachgekommen ist und eine Asset-Management-Consulting-Gesellschaft gegründet hat. Die Gesellschaft hat allerdings nur beratende Funktion und kein Verhandlungsmandat und somit keinen Einfluß auf die Verwendung der erzielten Erlöse.

Nach einer groben Schätzung kann nach einer marktgerechten, mittel- bis langfristig angelegten **nachhaltig wirkenden Vermögensaktivierung** – bei Veräußerung von 50 Prozent der genannten Liegenschaften und einer vollständigen Aufgabe größerer Unternehmensbeteiligungen – **rund ein Viertel der derzeitigen Staatsverschuldung getilgt werden**. Eine derartige Maßnahme würde den Betriebshaushalt unter Berücksichtigung von Einnahmeeinbußen durch die Veräußerung immerhin um weit mehr als eine halbe Milliarde DM jährlich entlasten. Dies entspräche knapp einem Viertel der Zinszahlungen des Jahres 1996. Ferner müssen alle Vermögenswerte auf ihre effiziente Verwendung hin überprüft werden, dazu gehört auch ein gezieltes Raum- und Nutzungsmanagement der Behördengebäude.

2. Für den laufenden Haushalt gilt: Ausgabendisziplin und Ausgabenkritik sind das Gebot der Stunde. Dazu zählt insbesondere auch, Tätigkeiten des Staates – wo immer sinnvoll möglich – auf private Anbieter zu übertragen. Um

dieser Maxime im größtmöglichen Umfang gerecht zu werden, sollten ein **Privatisierungsgebot mit öffentlicher Ausschreibung für neu aufzunehmende Leistungen verfügt** und alle bisherigen Leistungen der Stadt intensiv auf ihre Privatisierbarkeit hin überprüft werden. Für einen sachgerechten Vergleich zwischen Eigenleistung und Zukauf bedarf es eines geeigneten Rechnungswesens sowie einer Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die staatliche Wirtschaftstätigkeit. Erforderlich ist schließlich die **Einführung eines effizienten Controlling für alle Bereiche der öffentlichen Hand**. Grundsätzlich sollten die Tätigkeiten der Fachbehörden daraufhin überprüft werden, ob sie wirklich durch Beamte oder Staatsbedienstete erfolgen müssen. Infrage kämen die Parkraumüberwachung durch Zeitarbeitskräfte und die Aufnahme von Verkehrsunfällen durch private Kfz-Sachverständige. Auch die Standards staatlicher Leistungen dürfen kein Tabu sein.

3. Die Entwicklung der Personalausgaben der Stadt, die fast 40 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben ausmachen, erfordern besonders drastische Maßnahmen. Dies gilt für den Kernhaushalt, für Landesbetriebe und für Zuwendungsempfänger gleichermaßen.

Wir halten deshalb mittelfristig eine Reduzierung des Personalbestandes um 20 bis 30 Prozent für unumgänglich; 10 Prozent der Einsparungen sollten als Leistungsanreiz für die Mitarbeiter verwendet werden. Des weiteren muß eine Strategie entwickelt werden, die Altersversorgungslasten abzubauen. Die bereits bestehenden künftigen Verpflichtungen – insbesondere im Rahmen von Versorgungszusagen – müssen offengelegt werden. Nur wenn jetzt die Richtungsentschei-

dungen getroffen werden, kann sich dies spürbar in den laufenden Betriebsausgaben folgender Haushaltsjahre auswirken. Ein Rückgang beim Personal muß dabei nicht immer mit Qualitätseinbußen für die Bevölkerung einhergehen, da viele Tätigkeiten geeignet sind, durch ehrenamtliches Engagement aufgegriffen zu werden.

4. Der zweite große Block der laufenden Ausgaben, der kritisch unter die Lupe genommen werden muß, sind die **Subventionen**, die sich auf mehrere hundert Haushaltspositionen verteilen. Hier sind Kindergärten und Kindertagesheime genauso vertreten, wie die Theater, Bücherhallen, Hamburger Landesbetriebe und Subventionen an Unternehmen. Die darin enthaltenen (nicht gesetzlichen!) Zuweisungen und Zuschüsse sind derzeit im weiten Umfang vertraglich oder faktisch vergeben. Gleichwohl dürfte sich bei Anlegung scharfer Maßstäbe manche Ausgabe in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Sport und auch der sozialen Dienste streichen lassen, nicht zuletzt auch bei einer Unzahl kleiner Beträge an alle möglichen Gruppen und Grüppchen. Gerade in diesem Bereich muß nachdrücklich eine höhere Transparenz und damit Klarheit über die tatsächlichen Verpflichtungen für die Zukunft geschaffen werden. So bedarf es klarer Hinweise darauf, in welchem Umfang die Auslagerung von Einrichtungen aus dem Haushalt Belastungen für die Stadt erzeugt, und inwieweit im oft schwer durchschaubaren Zuwendungsbereich künftige, kaum reversible Finanzierungserfordernisse fixiert werden.

5. Für einige dieser Aspekte sind Ansätze im Entstehen, aber dennoch erwecken die neuesten Sparvorschläge des Hamburger Senats teilweise den Eindruck, es könne gelingen, die katastrophalen Haushaltsprobleme vor allem mit globalen Vorgaben nach dem Motto: „Von

allem ein bißchen weniger“ in den Griff zu bekommen. Die Stadt nimmt viel zu viele Aufgaben selbst wahr und nutzt insgesamt die effizienten Arbeitsweisen privater Dienstleister nicht ausreichend. Hamburg muß sich auf Kernaufgaben beschränken und diese kostengünstiger bewältigen. Damit auch in Zukunft die unabdingbaren Aufgaben in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und innere Sicherheit wahrgenommen werden können, müssen andere Bereiche um so rigoroser auf den Prüfstand gestellt werden; dazu gehört auch der Sozialetat. Statt Anwendung der Rasenmähermethode müssen die unbestreitbaren Sparbemühungen des Senats zu einem umfassenden, langfristig angelegten Konzept der Haushaltskonsolidierung entwickelt werden. **Dort wo Einsparpotentiale gesehen werden, müssen sie beim Namen genannt sowie zügig und mit dem Mut zu radikalen Einschnitten vollzogen werden.** Beispielsweise ist das gegliederte Schulsystem 30 Prozent billiger als die Gesamtschule. Und dies bei besserer Qualität. Es kann nicht sein, daß seit Jahren als notwendig erkannte Spardimensionen nicht umgesetzt werden, weil sie als politisch nicht durchsetzbar erscheinen. Um hier die Solidarität der Politik mit den Sparbemühungen des „obersten Haushälters“ nicht weiter auf eine gefährliche Probe zu stellen, halten wir ein **Vetorecht des Finanzsenators** in allen Fällen, in denen finanzielle Verpflichtungen auf die Stadt zukommen, für hilfreich.

ANHANG

Tabellenteil

Tabelle zu Schaubild 1

Erwartete Ausgaben Hamburgs in 1997

Ausgabearten	in Mio. DM	v.H.
Personalausgaben	6.335	34,6
Schuldendienst	2.286	12,5
Investitionen	1.985	10,9
Sozialhilfe	2.321	12,7
Sonst. Gesetzl. Leistungen	1.721	9,5
Übrige Sachausgaben	3.612	19,8

Quelle: Haushaltsplan 1997 der Freien und Hansestadt Hamburg,
Allg. Vorbericht

Tabelle zu Schaubild 2

Haushaltsplanentwurf 1997

Gesamtausgaben	1997 in Mio. DM
Bereinigte Gesamtausgaben	18294,9
Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung	3772,0
Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales	3576,8
Allgemeine Finanzverwaltung	2971,4
Baubehörde	1405,6
Behörde für Inneres	1386,1
Behörde für Wissenschaft und Forschung	1257,5
Bezirksverwaltung	798,6
Justizbehörde	715,1
Finanzbehörde	652,3
Wirtschaftsbehörde	603,0
Umweltbehörde	416,4
Kulturbehörde	376,3
Senat und Senatsämter	212,9
Stadtentwicklungsbehörde	98,3
Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	52,7

Quelle: Haushaltsplan 1997 der Freien und Hansestadt Hamburg,
Allg. Vorbericht

Tabelle zu Schaubild 3

Erwartete Einnahmen Hamburgs in 1997

Einnahmearten	in Mio. DM	v.H.
Verbleibende Steuern	12390	66,9
Übrige laufende Einnahmen	2585	14,0
Einnahmen aus Rücklagen	150	0,8
Vermögensmobilisierung	1412	7,6
Kreditaufnahme	1734	9,4
Spezielle Investitionseinnahmen	252	1,4

Quelle: Haushaltsplan 1997 der Freien und Hansestadt Hamburg,
Allg. Vorbericht

Tabelle zu Schaubild 4 entfällt, da alle Daten in der Abbildung enthalten sind.

Tabelle zu Schaubild 5

Entwicklung der bereinigten Gesamteinnahmen
und Gesamtausgaben Hamburgs

Jahr	Einnahmen in Mio. DM	Einnahmen 1980=100	Ausgaben in Mio. DM	Ausgaben 1980=100
1980	8744	100,0	9436	100,0
1981	9057	103,6	10040	106,4
1982	9595	109,7	10828	114,8
1983	9919	113,4	11318	119,9
1984	10254	117,3	11441	121,2
1985	11114	127,1	11799	125,0
1986	11311	129,4	12356	130,9
1987	11212	128,2	12729	134,9
1988	11914	136,3	12681	134,4
1989	13188	150,8	13072	138,5
1990	12977	148,4	14094	149,4
1991	13903	159,0	15138	160,4
1992	14409	164,8	16125	170,9
1993	14848	169,8	17201	182,3
1994	14966	171,2	17597	186,5
1995	14721	168,4	17680	187,4
1996	15094	172,6	18051	191,3
1997	15227	174,1	18295	193,9

Bis 1995 Ist-Werte, 1996 Soll- und 1997 Plan-Werte
Quelle: Finanzpläne der Freien und Hansestadt Hamburg

Tabelle zu Schaubild 6

Finanzierungssalden des Hamburger Haushalts

Jahr	Betriebshaushalt in Mio. DM	Investitionshaushalt in Mio. DM	Gesamt in Mio. DM
1985	612	-1298	-686
1986	252	-1298	-1046
1987	-236	-1121	-1357
1988	192	-959	-767
1989	1116	-1000	116
1990	178	-1294	-1116
1991	294	-1521	-1227
1992	-250	-1466	-1716
1993	-691	-1663	-2354
1994	-1012	-1618	-2630
1995	-1417	-1542	-2959
1996	-1214	-1743	-2957
1997	-1335	-1734	-3068

Bis 1995 Ist-, 1996 Soll-, 1997 Planwerte
 Quelle: Haushaltspläne der Freien und Hansestadt Hamburg,
 Allg. Vorberichte

Tabelle zu Schaubild 7

Entwicklung der Zins-Steuer-Quoten

Jahr	Hamburg in Prozent	Durchschnitt: westl. Länder in Prozent	Durchschnitt: westl. Länder u. Gemeinden in Prozent
1980	9,2	6,9	8,7
1981	10,2	8,4	10,3
1982	11,0	10,3	12,4
1983	11,7	11,4	12,7
1984	12,8	11,8	12,6
1985	13,5	11,8	12,3
1986	13,8	11,9	12,1
1987	14,4	11,6	11,8
1988	13,9	11,5	11,5
1989	13,0	10,9	10,9
1990	13,3	11,3	11,3
1991	12,4	11,7	11,3
1992	13,0	11,5	11,1
1993	13,8	11,9	11,4
1994	15,1	11,2	11,4
1995	15,8	11,0	11,3
1996	15,9	11,2	11,5
1997	16,3	11,4	11,7
1998	16,6	11,5	11,8
1999	16,6	11,4	11,7
2000	16,6	11,3	11,6

Bis 1995 Ist-, ab 1996 Plan-Werte
 Quelle: Finanzpläne der Freien und Hansestadt Hamburg

Tabelle zu Schaubild 8

Entwicklung der Kreditfinanzierungs-Quoten

Jahr	Hamburg in Prozent	Durchschnitt: westl. Länder in Prozent	Durchschnitt: westl. Länder/ Gemeinden in Prozent
1980	5,0	10,3	8,7
1981	4,2	11,7	10,1
1982	10,7	11,0	9,8
1983	11,7	9,8	7,7
1984	9,7	8,6	6,4
1985	4,3	7,3	5,5
1986	8,3	6,9	5,3
1987	8,8	7,4	6,0
1988	6,1	6,9	5,4
1989	7,2	4,1	3,4
1990	8,0	6,2	5,0
1991	9,5	7,2	5,5
1992	5,5	5,3	5,2
1993	9,7	6,6	5,8
1994	9,1	6,3	5,6
1995	8,5	7,4	5,4
1996	9,6	8,9	7,2
1997	9,5	7,8	6,0
1998	9,4	7,2	5,6
1999	9,3	5,4	4,6
2000	9,2	3,4	3,3

Bis 1994 Ist-, 1995 Soll-, ab 1996 Plan-Werte

Quelle: Haushaltspläne der Freien und Hansestadt Hamburg,

Allg. Vorberichte und Finanzpläne der Freien und Hansestadt Hamburg

Tabelle zu Schaubild 9

Entwicklung des Stellenbestandes

(bereinigt um Ausgliederungseffekte)

Jahr	Anzahl
1985	99590
1986	98524
1987	98172
1988	98365
1989	95205
1990	95342
1991	96479
1992	97602
1993	98704
1994	99364

Quelle: Jahresbericht des
Rechnungshofs der Freien und
Hansestadt Hamburg 1996

Tabelle zu Schaubild 10

Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben

Jahr	Bereinigte Gesamtausgaben Plan-Werte in Mio. DM	Investitions- ausgaben Plan-Werte in Mio. DM	Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in Prozent
1980	9453,6	1560,0	16,5
1981	10317,6	1784,5	17,3
1982	10668,1	1702,7	16,0
1983	11445,2	1799,9	15,7
1984	12006,5	1866,8	15,5
1985	12010,5	1751,2	14,6
1986	12202,0	1618,7	13,3
1987	12846,6	1659,1	12,9
1988*	12923,1	1448,0	11,2
1989	13212,4	1440,9	10,9
1990	13713,8	1503,6	11,0
1991**	14772,4	1646,9	11,1
1992	15838,7	1728,0	10,9
1993	16680,7	1844,1	11,1
1994	17267,9	1729,8	10,0
1995	17878,3	2022,9	11,3
1996	18469,2	2059,7	11,2
1997	18292,3	1985,4	10,9

* nach Ausgliederung der Stadtreinigung

** nach Ausgliederung der TU-Hamburg Harburg,
der Landesbetriebe „Pfleger und Wohnen“ und „Friedhöfe“

Quelle: Haushaltspläne der Freien und Hansestadt Hamburg;
für die Haushaltsjahre 1980-83 mit eigenen Berechnungen,
ab 1984 Allg. Vorberichte

Tabelle zu Schaubild 11

Hamburgs Schuldenstand

Jahr	Haushalt/ Finanzplan in Mio. DM	Haushalt/ Finanzplan inkl. WK in Mio. DM
1980	9428	10815
1981	9883	11535
1982	11094	12900
1983	12474	14321
1984	14526	16472
1985	15100	16961
1986	16121	17913
1987	17124	18921
1988	18307	20048
1989	18538	20341
1990	19174	21062
1991	20245	22458
1992	21122	23858
1993	23622	26432
1994	25522	28911
1995	27041	30835
1996	28729	32888
1997	30428	35239
1998	32172	38083
1999	33923	40730
2000	35690	43233

Bis 1995 Ist-, 1996 Soll-, ab 1997 Plan-Werte
Quelle: Finanzpläne der Freien und Hansestadt
Hamburg

Tabelle zu Schaubild 12

Pro-Kopf-Verschuldung

Jahr	Pro-Kopf- Verschuldung Haushalt in DM	Pro-Kopf- Verschuldung Haushalt inkl. WK in DM
1980	5731	6754
1981	6037	7046
1982	6831	7943
1983	7748	8895
1984	9124	10347
1985	9557	10735
1986	10262	11402
1987	10743	11870
1988	11420	12507
1989	11408	12517
1990	11607	12749
1991	12137	13464
1992	12505	14125
1993	13846	15493
1994	14873	16848
1995	15832	18053
1996	16601	19215
1997	17773	20584
1998	18781	22232
1999	19826	23805
2000	20884	25297

Bis 1995 Ist-Werte, 1996 Soll- und ab 1997 Plan-Werte
Quelle: Finanzpläne der Freien und Hansestadt Hamburg